

<b>Antrag</b>	<b>Vorlage-Nr:</b>	<b>VO/2016/7195</b>		
	<b>Öffentlichkeitsstatus:</b>	öffentlich		
<b>Integration der Flüchtlinge: Entlastung Osnabrücks durch Bund und Land</b>				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	14.06.2016	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	14.06.2016	Ö	Entscheidung	

**Beschluss:**

1.

Der Rat der Stadt Osnabrück fordert Bund und Land auf, die Kommunen von zusätzlichen Kosten für die Integration von Flüchtlingen und sozialen Leistungen zu entlasten, da die Städte nicht für eine gesamtstaatliche Aufgabe zahlen können.

Das betrifft zusätzliche Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger. Wir erwarten, dass der Bund diese zusätzlichen Kosten komplett übernimmt.

Das gilt ebenso für den Bereich der Jugendhilfe, wo zusätzliche Bundesmittel für den Mehrbedarf etwa bei Leistungen für Familien, Hilfen zur Erziehung sowie Beratungsangeboten zur Verfügung gestellt werden müssen.

Das Land Niedersachsen wird aufgefordert, für den flüchtlingsbedingten Ausbau der Kinderbetreuung die Mittel für die Betriebskosten der Kindertagesstätten zu erhöhen und die Förderung des Baus sowie der Ausstattung von Schulräumen zu prüfen. Das Land wird darüber hinaus gebeten, den Kommunen zusätzliche Mittel für Sozialpädagogen, Schulpsychologen und Dolmetscher zur Verfügung zu stellen.

Bund und Land werden aufgefordert, die Volkshochschulen strukturell und finanziell zu stärken, damit sie ihre zentrale Rolle bei der Integration von Flüchtlingen auch in den nächsten Jahren gut wahrnehmen können.

2.

Der Rat der Stadt Osnabrück fordert das Land Niedersachsen dazu auf, die von der Bundesregierung beschlossene Wohnsitzauflage zeitnah zu realisieren, um Integration zu beschleunigen und zu verbessern.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:**

nicht zutreffend

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde  
CDU-Fraktionsvorsitzender